

Ressort: Politik

Studie: Sparwille der westdeutschen Bundesländer gering

Berlin, 19.01.2014, 08:59 Uhr

GDN - Der Sparwille in den westdeutschen Bundesländern ist trotz des vom Grundgesetz ab 2020 vorgeschriebenen Neuverschuldungsverbots bislang gering. Das belegt nach Informationen des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" eine interne Studie der Länderfinanzminister.

Demnach ist in den ostdeutschen Ländern seit 2005 fast jede vierte Stelle im Öffentlichen Dienst weggefallen. Länder wie Baden-Württemberg und Niedersachsen beschäftigen dagegen noch immer so viele Mitarbeiter wie damals. Rheinland-Pfalz und Hessen gönnten sich offenbar sogar ein Personal-Plus. Und kein Land stockte demnach seinen Mitarbeiterstab so stark auf wie Bayern. Noch ungünstiger fällt der Ost-West-Vergleich aus, wenn man die Personalausgaben pro Einwohner betrachtet. Die Kennzahl zeigt, wie effizient die Verwaltung tatsächlich arbeitet. Das Ergebnis: Im Westen liegen die Kosten pro Einwohner zumeist um 40 Prozent über dem Ostniveau.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-28645/studie-sparwille-der-westdeutschen-bundeslaender-gering.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619